

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2019/2205-R5</b>
Federführend: 5 Sozial- Ordnungs- und Umweltreferat		Status:	öffentlich
Beteiligt: 50 Amt für soziale Angelegenheiten		Aktenzeichen:	
		Datum:	18.01.2019
		Referent:	Haupt Ralf
<b>Delegation der Insolvenzberatung auf die kreisfreien Städte und Landkreise ab dem 01.01.2019; Sachstandsbericht</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
21.02.2019	Familien- und Integrationssenat	Kenntnisnahme	

## I. Sitzungsvortrag:

Seit vielen Jahren fordert die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern die Zusammenführung der kommunalen Schuldnerberatung und der staatlich Insolvenzberatung. Der Prüfungsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 30.01.2015 hat diese Zusammenführung den Bayerischen Landtag eindeutig empfohlen. Eine Zusammenführung der beiden Beratungsstellen ist bisher daran gescheitert, dass sich der Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände nicht über die Finanzierung einigen konnten.

Mit Schreiben vom 03.05.2018 hat der Bayerische Städtetag erstmals darüber informiert, dass die Bayerische Staatsregierung nun jedoch einen Gesetzentwurf zum 10.04.2018 eingebracht hat und die Aufgabe der Insolvenzberatung für den Bereich der (privaten) Verbraucherinsolvenz in dem übertragenen Wirkungsbereich der kreisfreien Städte und Landkreise zum 01.01.2019 delegiert.

Unter Berücksichtigung der durch die Zusammenlegung entstehenden Synergieeffekte wird der Freistaat Bayern die Insolvenzberatung mit insgesamt 8,0 Mio. Euro pro Jahr fördern.

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze wurde im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 15/2018 vom 31.07.2018 bekannt gegeben (Anlage 1).

Mit einem Fachtag, den der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gemeinsam am 16.10.2018 in Nürnberg ausrichteten, wurden die kreisfreien Städte und Landkreise über den Verfahrensstand, die Mittelverteilung und die Durchführungsbestimmungen informiert.

### 1. Mittelverteilung für die Insolvenzberatung ab dem 01.01.2019:

- 8,0 Mio. Euro bayernweit

- Grundsockelbetrag nach Einwohnerintervallen:
  - bei bis zu 250.000 Einwohner 30.000 €
  - bei bis zu 1.000.000 Einwohner 60.000 €
  - über 1.000.000 Einwohner 90.000 €
- Verteilung der nach Abzug des Grundsockelbetrags verbleibenden Ausgleichzahlungen erfolgt anhand der Einwohnerzahlen (Stichtag 31.12.2017)

Auszug aus der Übersicht:

	Bevölkerung 12/2017	Sockel	Ausgleich	Summe	Pers.stellen
<b>Bamberg (Krfr. Stadt)</b>	<b>77.179</b>	<b>30.000 €</b>	<b>29.334 €</b>	<b>59.334 €</b>	<b>0,59</b>
Bamberg (Lkr)	146.584	30.000 €	55.714 €	85.714 €	1,13
Forchheim (Lkr)	115.681	30.000 €	43.968 €	73.968 €	0,89
<b>Summe:</b>				<b>219.016 €</b>	<b>2,61</b>

Die gesamte Übersicht der bayernweiten Mittelverteilung, siehe Anlage 2.

*Der Freistaat Bayern fördert die Insolvenzberatung bis 2018 mit jährlich 4,2 Mio. EURO. Die Förderung erfolgte anhand einer gestaffelten Förderpauschale in Abhängigkeit der Anzahl der Gläubiger je abgeschlossen Fall.*

- *Pauschale 1 (bis zu 5 Gläubiger) bis zu 338 €*
- *Pauschale 2 (bei 6 bis 15 Gläubiger) bis zu 507 €*
- *Pauschale 3 (bei mehr als 15 Gläubiger) bis zu 675 €*

## 2. Durchführung der Insolvenzberatung

Ab dem **01.01.2019**

- Personelle Mindestausstattung der Insolvenzberatung mit mindestens 1 VZ je 130.000 Einwohner (Stadt Bamberg 0,59 VZ Stellen)
- Psychosoziale Beratung bei der Insolvenzberatung

Insolvenzberatung **kann** auch in kommunaler Zusammenarbeit („Verbünde“) sichergestellt werden.

Ab dem **01.01.2022**

- In jeder Beratungsstelle ist qualifiziertes Beratungspersonal im Sinne von Art. 112 Abs. 2 AGSG in der **Summe von mindestens zwei Vollzeitäquivalenten (VZÄ)** vorzuhalten
- Psychosoziale Beratung bei der Insolvenzberatung.

Kommunale Zusammenarbeit („Verbünde“) ist weiterhin möglich und in vielen Fällen **zur Gewährleistung der zwei VZÄ voraussichtlich erforderlich**.

Denn bis spätestens 1. Januar 2022 ist sicherzustellen, dass pro Beratungsstelle **mindestens zwei VZÄ** vorgehalten werden. Die dann geltende personelle Mindestausstattung, mit mindestens zwei VZÄ je Beratungsstelle, bezieht sich nach dem Verständnis und der fachlichen Vorbereitung durch die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Bayern (LAG Ö/F), nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände und in Abstimmung mit dem Sozialministerium auf die **kombinierte Schuldner- und Insolvenzberatung** und setzt voraus, dass beide VZÄ nach Art. 112 Abs. 2 AGSG qualifiziert sind.

### Aktuelles Personal in der Schuldnerberatung:

- Beschluss Sozialhilfeausschuss vom 14.02.1991:  
*1 Vollzeitstelle*

*(Finanzierung jeweils 25 % Lkr. FO/Lkr. BA/Stadt Bbg. und 25 % Eigenanteil)*

- Beschluss Familiensenat vom 16.10.2008:  
2/3 Stelle (zusätzlich)  
*(Finanzierung jeweils 45 % Lkr. BA/Stadt Bbg. und 10 % Eigenanteil)*

### 3. Umsetzung für die Stadt Bamberg

In mehreren Gesprächen mit den Landkreisen Bamberg und Forchheim wurde dahingehend Einigung erzielt, dass man zukünftig auch die Insolvenzberatung, wie schon die Schuldnerberatung, gemeinsam sicherstellen möchte.

In den anschließenden Gesprächen mit den drei Trägern der bestehenden Insolvenzberatungsstellen (Caritas, Diakonie und gfi) wurde die Bereitschaft abgefragt, ob mit einer gemeinsamen Insolvenzberatung Einverständnis bestehen würde.

Am 14.12.2018 legten die drei Träger eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit in der Insolvenzberatung ab dem 01.01.2019 für die Landkreise Bamberg, Landkreis Forchheim und der Stadt Bamberg vor.

Nachdem auch alle drei Gebietskörperschaften mit der vorliegenden Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Insolvenzberatung einverstanden waren, ist die Insolvenzberatung auch weiterhin sichergestellt.

#### Insolvenzberatungsstellen im Gebiet der drei Gebietskörperschaften:

- **Caritasverband für Stadt Bamberg und Landkreis Forchheim e.V.**  
Beratungsstellen:  
Haidfeldstraße 10, Forchheim  
Geyerswörthstr. 2, Bamberg
- **Diakonisches Werk Bamberg- Forchheim e.V.**  
Beratungsstelle:  
Memmelsdorfer Str. 128, Bamberg
- **Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration gfi gGmbH**  
Beratungsstellen:  
Bayreuther Straße 6, Forchheim  
Lichtenhaidestraße 2, Bamberg

### 4. Weitere Vorgehensweise

Es ist zeitnah eine Kooperationsvereinbarung zur einheitlichen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Insolvenzberatung zwischen den drei Gebietskörperschaften und den drei Trägern abzuschließen. Die kommunalen Spitzenverbände haben hierfür eine Musterkooperationsvereinbarung bereitgestellt.

Im Hinblick auf die geforderte Verbundlösung ab dem 01.01.2022 für eine **kombinierte Schuldner- und Insolvenzberatung mit mindesten zwei VZÄ je Beratungsstelle** müssen die vorliegenden Tätigkeitsberichte der Schuldnerberatung und der Insolvenzberatung für die Jahre 2019 und 2020 ausgewertet werden.

Spätestens im Jahr 2021 muss ein Vorschlag für eine kombinierten Schuld- und Insolvenzberatung ab dem 01.01.2022 vorliegen.

Aus heutiger Sicht wäre eine doppelte Verbundlösung (Landkreis Forchheim, Landkreis Bamberg und Stadt Bamberg – Träger; Caritas, Diakonie, gfi) sehr sinnvoll.

## II. Beschlussvorschlag:

Der Familien- und Integrationssenat nimmt vom Bericht der Verwaltung Kenntnis.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

### Anlage/n:

- 1) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze
- 2) Mittelverteilung für die Insolvenzberatung bayernweit

### Verteiler:

Referat 5

Referat 5 – Bereichsleitung, Familie, Jugend und Senioren

Amt 50

86-7-A/G

## Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze

vom 31. Juli 2018

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

### § 1

Die Art. 112 bis 116 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006 (GVBl. S. 942, BayRS 86-7-A/G), das zuletzt durch § 13 des Gesetzes vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 613) geändert worden ist, werden durch die folgenden Art. 112 bis 114 ersetzt:

#### „Art. 112

#### Geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren

(1) Geeignet im Sinn von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung (InsO) sind nur solche Stellen, die von der zuständigen Regierung als geeignet anerkannt worden sind.

(2) <sup>1</sup>Eine Stelle kann als geeignet anerkannt werden, wenn

1. sie von einer zuverlässigen Person geleitet wird, die auch die Zuverlässigkeit der einzelnen Mitarbeiter gewährleistet,
2. sie auf Dauer angelegt ist und Schuldnerberatung als eine ihrer Schwerpunktaufgaben betreibt,
3. in ihr mindestens eine Person mit ausreichender, regelmäßig mindestens zweijähriger praktischer Erfahrung in der Schuldnerberatung tätig ist und
4. die erforderliche Rechtsberatung sichergestellt ist.

<sup>2</sup>Jede zur Insolvenzberatung eingesetzte Person soll

1. qualifiziert sein für
  - a) den Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts oder
  - b) ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 in den Fachlaufbahnen Verwaltung und Finanzen oder Justiz,
2. ein Studium abgeschlossen haben an

a) einer Hochschule im Bereich Wirtschaft, Sozialwesen oder Ökotropnologie oder

b) einer Fachakademie für Wirtschaft oder

3. eine Ausbildung abgeschlossen haben

a) an einer Fachschule für Wirtschaft oder

b) als Bankkaufmann.

<sup>3</sup>Die erforderliche Rechtsberatung nach Satz 1 Nr. 4 ist sichergestellt, wenn mindestens eine der in der Stelle tätigen Personen qualifiziert für den Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts ist oder wenn eine solche Person der Stelle beratend zur Seite steht.

(3) Die geeigneten Stellen sind verpflichtet, sich an der Überschuldungsstatistik des Bundes nach dem Überschuldungsstatistikgesetz zu beteiligen.

#### Art. 113

#### Durchführung der Insolvenzordnung

(1) <sup>1</sup>Die kreisfreien Gemeinden und Landkreise sind zuständig für die Sicherstellung der Insolvenzberatung in Bayern und halten hierfür eigene oder beauftragte geeignete Stellen nach Art. 112 vor. <sup>2</sup>Sie handeln dabei im übertragenen Wirkungskreis. <sup>3</sup>Die Fachaufsicht obliegt den Regierungen.

(2) Aufgabe der Stelle ist die Beratung und Vertretung von Schuldnern bei der Schuldenbereinigung, insbesondere bei der außergerichtlichen Einigung mit den Gläubigern auf der Grundlage eines Plans nach den Vorschriften über das Verbraucherinsolvenzverfahren nach dem Neunten Teil InsO.

(3) Scheitert eine außergerichtliche Einigung zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern, hat die Stelle den Schuldner über die Voraussetzungen des Verbraucherinsolvenzverfahrens und des Restschuldbefreiungsverfahrens zu unterrichten und ihm eine Bescheinigung über den erfolglosen Einigungsversuch auszustellen.

(4) <sup>1</sup>Die Stelle unterstützt den Schuldner auf sein Verlangen bei der Erstellung der nach § 305 Abs. 1

InsO vorgeschriebenen Antragsunterlagen. <sup>2</sup>Sie soll den Schuldner im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bis zur Entscheidung über den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vor dem Insolvenzgericht beraten und vertreten.

(5) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. den für die Sicherstellung der Insolvenzberatung erforderlichen Personalbedarf und
2. die einzuhaltenden Qualitätsmaßstäbe

festzulegen.

#### Art. 114

##### Anerkennungsverfahren

(1) <sup>1</sup>Die Anerkennung ist schriftlich zu beantragen. <sup>2</sup>Dem Antrag sind Nachweise beizufügen, dass die in Art. 112 Abs. 2 genannten Anerkennungsvoraussetzungen vorliegen. <sup>3</sup>Hat die Behörde über einen Antrag auf Anerkennung nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eingang des Antrags einschließlich der vollständigen Unterlagen entschieden, gilt die Anerkennung als erteilt. <sup>4</sup>Das Anerkennungsverfahren kann über eine einheitliche Stelle nach den Art. 71a bis 71e des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.

(2) <sup>1</sup>Die Stelle ist verpflichtet, die zuständige Behörde über den Wegfall von Anerkennungsvoraussetzungen nach Art. 112 Abs. 2 zu unterrichten. <sup>2</sup>Die Behörde kann verlangen, dass der Nachweis des Fortbestehens der Anerkennungsvoraussetzungen geführt wird.“

#### § 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

München, den 31. Juli 2018

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Markus S ö d e r

## Delegationsmittel nach Gebietskörperschaften

Basis Bevölkerungszahlen 2017  
(eigene Berechnung)

GKZ	Einheit	Bevölkerungsstand 31.12.17	Delegationsmittel (PLAN) 8.000.000,00			Personal IB
			Grund- förderung	Rest- förderung	Gesamt- förderung	VZÄ 1/130K EW
09	Bayern	12.997.204	3.060.000	4.940.000	8.000.000,00	99,98
<b>091</b>	<b>Oberbayern</b>	<b>4.649.534</b>				
09161	Ingolstadt (Krfr.St)	135.244	30.000	51.404	81.404	1,04
09162	München (Krfr.St)	1.456.039	90.000	553.414	643.414	11,20
09163	Rosenheim (Krfr.St)	63.080	30.000	23.976	53.976	0,49
09171	Altötting (Lkr)	110.338	30.000	41.937	71.937	0,85
09172	Berchtesgadener Land (Lkr)	105.052	30.000	39.928	69.928	0,81
09173	Bad Tölz-Wolfratshausen (Lkr)	126.572	30.000	48.108	78.108	0,97
09174	Dachau (Lkr)	152.703	30.000	58.040	88.040	1,17
09175	Ebersberg (Lkr)	140.800	30.000	53.516	83.516	1,08
09176	Eichstätt (Lkr)	131.646	30.000	50.036	80.036	1,01
09177	Erding (Lkr)	136.884	30.000	52.027	82.027	1,05
09178	Freising (Lkr)	177.997	30.000	67.653	97.653	1,37
09179	Fürstenfeldbruck (Lkr)	217.831	30.000	82.794	112.794	1,68
09180	Garmisch-Partenkirchen (Lkr)	88.155	30.000	33.506	63.506	0,68
09181	Landsberg am Lech (Lkr)	119.141	30.000	45.283	75.283	0,92
09182	Miesbach (Lkr)	99.189	30.000	37.700	67.700	0,76
09183	Mühldorf a.Inn (Lkr)	114.486	30.000	43.514	73.514	0,88
09184	München (Lkr)	346.433	60.000	131.673	191.673	2,66
09185	Neuburg-Schrobenhausen (Lkr)	96.164	30.000	36.550	66.550	0,74
09186	Pfaffenhofen a.d.Ilm (Lkr)	126.244	30.000	47.983	77.983	0,97
09187	Rosenheim (Lkr)	259.449	60.000	98.612	158.612	2,00
09188	Starnberg (Lkr)	135.545	30.000	51.518	81.518	1,04
09189	Traunstein (Lkr)	176.290	30.000	67.005	97.005	1,36
09190	Weilheim-Schongau (Lkr)	134.252	30.000	51.027	81.027	1,03
<b>092</b>	<b>Niederbayern</b>	<b>1.230.037</b>				
09261	Landshut (Krfr.St)	71.193	30.000	27.059	57.059	0,55
09262	Passau (Krfr.St)	51.781	30.000	19.681	49.681	0,40
09263	Straubing (Krfr.St)	47.586	30.000	18.087	48.087	0,37
09271	Deggendorf (Lkr)	118.741	30.000	45.131	75.131	0,91
09272	Freyung-Grafenau (Lkr)	78.345	30.000	29.778	59.778	0,60
09273	Kelheim (Lkr)	121.119	30.000	46.035	76.035	0,93
09274	Landshut (Lkr)	157.239	30.000	59.764	89.764	1,21
09275	Passau (Lkr)	190.504	30.000	72.407	102.407	1,47
09276	Regen (Lkr)	77.489	30.000	29.452	59.452	0,60
09277	Rottal-Inn (Lkr)	120.371	30.000	45.751	75.751	0,93
09278	Straubing-Bogen (Lkr)	99.838	30.000	37.947	67.947	0,77
09279	Dingolfing-Landau (Lkr)	95.831	30.000	36.424	66.424	0,74
<b>093</b>	<b>Oberpfalz</b>	<b>1.104.407</b>				
09361	Amberg (Krfr.St)	42.248	30.000	16.058	46.058	0,32
09362	Regensburg (Krfr.St)	150.894	30.000	57.352	87.352	1,16
09363	Weiden i.d.OPf. (Krfr.St)	42.543	30.000	16.170	46.170	0,33
09371	Amberg-Sulzbach (Lkr)	102.836	30.000	39.086	69.086	0,79
09372	Cham (Lkr)	127.339	30.000	48.399	78.399	0,98
09373	Neumarkt i.d.OPf. (Lkr)	132.644	30.000	50.416	80.416	1,02
09374	Neustadt a.d.Waldnaab (Lkr)	94.486	30.000	35.912	65.912	0,73
09375	Regensburg (Lkr)	192.200	30.000	73.052	103.052	1,48
09376	Schwandorf (Lkr)	146.487	30.000	55.677	85.677	1,13
09377	Tirschenreuth (Lkr)	72.730	30.000	27.643	57.643	0,56
<b>094</b>	<b>Oberfranken</b>	<b>1.066.840</b>				
09461	Bamberg (Krfr.St)	77.179	30.000	29.334	59.334	0,59
09462	Bayreuth (Krfr.St)	73.999	30.000	28.126	58.126	0,57
09463	Coburg (Krfr.St)	41.236	30.000	15.673	45.673	0,32
09464	Hof (Krfr.St)	45.950	30.000	17.465	47.465	0,35

## Delegationsmittel nach Gebietskörperschaften

Basis Bevölkerungszahlen 2017  
(eigene Berechnung)

09471	Bamberg (Lkr)	146.584	30.000	55.714	85.714	1,13
09472	Bayreuth (Lkr)	103.805	30.000	39.454	69.454	0,80
09473	Coburg (Lkr)	86.885	30.000	33.023	63.023	0,67
09474	Forchheim (Lkr)	115.681	30.000	43.968	73.968	0,89
09475	Hof (Lkr)	95.773	30.000	36.402	66.402	0,74
09476	Kronach (Lkr)	67.474	30.000	25.646	55.646	0,52
09477	Kulmbach (Lkr)	72.012	30.000	27.370	57.370	0,55
09478	Lichtenfels (Lkr)	66.777	30.000	25.381	55.381	0,51
09479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge (Lkr)	73.485	30.000	27.930	57.930	0,57
<b>095</b>	<b>Mittelfranken</b>	<b>1.759.643</b>				
09561	Ansbach (Krfr.St)	41.652	30.000	15.831	45.831	0,32
09562	Erlangen (Krfr.St)	110.998	30.000	42.188	72.188	0,85
09563	Fürth (Krfr.St)	126.526	30.000	48.090	78.090	0,97
09564	Nürnberg (Krfr.St)	515.201	60.000	195.818	255.818	3,96
09565	Schwabach (Krfr.St)	40.781	30.000	15.500	45.500	0,31
09571	Ansbach (Lkr)	183.256	30.000	69.652	99.652	1,41
09572	Erlangen-Höchstadt (Lkr)	135.334	30.000	51.438	81.438	1,04
09573	Fürth (Lkr)	116.193	30.000	44.163	74.163	0,89
09574	Nürnberger Land (Lkr)	169.752	30.000	64.520	94.520	1,31
09575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim (Lkr)	99.641	30.000	37.872	67.872	0,77
09576	Roth (Lkr)	126.101	30.000	47.929	77.929	0,97
09577	Weißenburg-Gunzenhausen (Lkr)	94.208	30.000	35.807	65.807	0,72
<b>96</b>	<b>Unterfranken</b>	<b>1.313.375</b>				
09661	Aschaffenburg (Krfr.St)	69.928	30.000	26.578	56.578	0,54
09662	Schweinfurt (Krfr.St)	53.437	30.000	20.310	50.310	0,41
09663	Würzburg (Krfr.St)	126.635	30.000	48.132	78.132	0,97
09671	Aschaffenburg (Lkr)	173.969	30.000	66.122	96.122	1,34
09672	Bad Kissingen (Lkr)	103.265	30.000	39.249	69.249	0,79
09673	Rhön-Grabfeld (Lkr)	79.796	30.000	30.329	60.329	0,61
09674	Haßberge (Lkr)	84.464	30.000	32.103	62.103	0,65
09675	Kitzingen (Lkr)	90.429	30.000	34.370	64.370	0,70
09676	Miltenberg (Lkr)	128.484	30.000	48.834	78.834	0,99
09677	Main-Spessart (Lkr)	126.523	30.000	48.089	78.089	0,97
09678	Schweinfurt (Lkr)	115.105	30.000	43.749	73.749	0,89
09679	Würzburg (Lkr)	161.340	30.000	61.322	91.322	1,24
<b>097</b>	<b>Schwaben</b>	<b>1.873.368</b>				
09761	Augsburg (Krfr.St)	292.851	60.000	111.307	171.307	2,25
09762	Kaufbeuren (Krfr.St)	43.478	30.000	16.525	46.525	0,33
09763	Kempton (Allgäu) (Krfr.St)	68.330	30.000	25.971	55.971	0,53
09764	Memmingen (Krfr.St)	43.470	30.000	16.522	46.522	0,33
09771	Aichach-Friedberg (Lkr)	132.596	30.000	50.397	80.397	1,02
09772	Augsburg (Lkr)	249.838	30.000	94.959	124.959	1,92
09773	Dillingen a.d.Donau (Lkr)	95.159	30.000	36.168	66.168	0,73
09774	Günzburg (Lkr)	124.519	30.000	47.327	77.327	0,96
09775	Neu-Ulm (Lkr)	172.546	30.000	65.582	95.582	1,33
09776	Lindau (Bodensee) (Lkr)	81.148	30.000	30.843	60.843	0,62
09777	Ostallgäu (Lkr)	139.278	30.000	52.937	82.937	1,07
09778	Unterallgäu (Lkr)	142.544	30.000	54.178	84.178	1,10
09779	Donau-Ries (Lkr)	133.043	30.000	50.567	80.567	1,02
09780	Oberallgäu (Lkr)	154.568	30.000	58.748	88.748	1,19

Einwohnerzahlen  
Bayerisches Landesamt für Statistik  
Stand: 14.09.2018 / 13:09:01